

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

8 (10.1.1906) Erstes Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.62 vierteljährlich.**

**Redaktion und Expedition:** Postfach 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 5144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

**Nr. 8. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 10. Januar 1906. 26. Jahrgang.**

**Unsere heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit zusammen 6 Seiten.**

## Sozialdemokratische Partei Badens.

Der unterzeichnete Landesvorstand beruft hiermit den **Parteitag für 1906** auf

**Samstag, den 10. und Sonntag, den 11. Februar**

nach Karlsruhe ein.

Die Sitzungen finden statt im Restaurant „Kühler Krug“

und beginnen **Samstag, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr.**

**Provisorische Tagesordnung:**

1. Wahl des Bureaus, der Mandatsprüfungskommission und Feststellung der Geschäftsordnung.
2. Berichterstattung über die Parteipresse. Referent: E. Ged. und A. Schaefer.
3. Geschäfts- und Kassenbericht des Landesverbandes. Referent: Parteisekretär E. Eichhorn.
4. Organisation und Agitation. Referent: Parteisekretär E. Eichhorn.
5. Abänderung des Organisationsstatuts. Referent: Reichs- und Landtagsabgeordn. Adolf Ged.
6. Die Kreiswahlwahlen. Referent: Reichstagsabg. August Dreesebach.
7. Beratung der durch vorstehende Tagesordnung nicht erledigten Anträge.
8. Wahl des Landesvorstandes und des Vorstandes.
9. Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag.

Die Anträge für den Parteitag sind spätestens bis 24. Januar bei dem Parteivorstand, Karlsruhe, Schloßplatz 15, einzureichen.

**Der Landes-Vorstand.** August Schaefer.

## Die Massenkundgebungen zum 22. Januar

Die preussische Regierung zeigt ärgerlich. Wie schon gestern mitgeteilt, möchte sie die Liberalen geneigt machen, die Sozialdemokratie in ihren Aktionen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht völlig zu isolieren. Diese Aufgabe hat die Nordd. Allgem. Zeitung erhalten, die sich derselben zu entledigen bemüht, indem sie die bevorstehenden Massenkundgebungen mit den Wahlrechtskämpfen in Deutschland verknüpft und der Bourgeoisie das Grinsen beizubringen sucht. Die Skizze im offiziellen Dienstlokal in der Berliner Wilhelmstraße schreiben also:

Wie aber auch das weitere Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der Inszenierung von Massenkundgebungen ausfallen möge, jedenfalls hat das Echo, das die russische Revolution in der deutschen Sozialdemokratie gefunden hat, gezeigt, wessen man sich von ihr zu versehen hat, sobald sie sich mächtig fühlt, um ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Solcher revolutionärer Unternehmungslust der Sozialdemokratie gegenüber gäbe es aber keine verkehrtere Taktik als Nachgiebigkeit der Regierung, die selbstverständlich den Eindruck hervorbringen würde, als hätte ihr die Furcht vor angekündigten Demonstrationen die betreffenden Angelegenheiten erprezt. Es ist daher auch lediglich als Anglisterei zu bezeichnen, wenn liberale Organe der Regierung zuredeten, sie solle durch weiteres Entgegenkommen in der Wahlrechtsfrage den „Anlass“ für die Straßendemonstrationen hinwegräumen. An Anlässen für Massenkundgebungen wird es der Sozialdemokratie, auch wenn die Wahlrechtsfrage ganz hinwegfiele, niemals fehlen, solange nicht ihr gelametes, die bürgerliche Gesellschaft vollständig auslöschende Programm zur Verwirklichung gelangt. Das einzige Mittel, um in solchen Fällen gewaltsamen Ausbrüchen der von gewissenlosen Schürern freventlich angefachten Leidenschaften der Masse vorzubeugen, ist nicht eine gewisse Nachgiebigkeit, die Del ins Feuer gießt, weil sie notwendigerweise als Zeichen der Schwäche gedeutet wird, sondern ruhige, kraftbewusste Festigkeit, die sich nichts abtreiben läßt, weil den Schwächen von etwaigen Verhänden zu gewaltsamen Vorgehen nur die Anstifter und die von ihnen irregulierten Massen selber trügen. „Vunil Vunil Die Anglisterei, die der Offiziösis gerade wachrufen will, unterstellt er bereits nach berühmtem Trif den Angerufenen. Aber die Auftraggeber des fleißigen Schreibens brauchen sich gar nicht so sehr zu ereifern: die Sozialdemokratie erwartet von den Liberalen nichts, was als eine ernsthaftige Unterstützung ihrer Aktionen für die Verwirklichung des Wahlrechts in Preußen angesehen wäre.

len zu versehen hat, beweist nicht nur die zweideutige Haltung der Liberalen, wie der demokratisch sein wollenden Presse gegenüber der russischen Revolution, das zeigt auch die Geschichte des preussischen Parlaments. Würden — von einzelnen Personen abgesehen — nicht gerade die politischen Zusammenhänge und die Anglisterei vor dem Proletariat in den liberalen preussischen Parteien seit mehr als 40 Jahren dominieren, so wäre es unmöglich, daß heute noch eine Ungeheuerlichkeit, wie das preussische Klassenwahlrecht bestände, dann wäre auch das jeder gesellschaftlichen Basis entbehrende Ding, das man preussisches Herrenhaus nennt, längst, längst zum Gewesenen entschwinden.

Auf die Anglisterei-Liberalen spekulieren wir in Preußen also so wenig wie in Sachsen. Die Nordd. Allgem. Ztg. rennt also offene Türen ein. Aber ebenso wenig ist es wahr, daß die Sozialdemokratie in Preußen erst auf die russische Revolution gewartet hat, um die Frage der Wahlreform in Preußen in Fluß zu bringen. Die Regierung, die noch die Verhandlungen jedes Parteitages offiziell aufnehmen ließ, die die Diskussionen der Partei aufmerksam verfolgt, weiß, daß seit dem Kölner Parteitage die preuss. Parlamentsfrage nicht mehr von der Tagesordnung der sozialdemokratischen Diskussion geschwunden ist. Und sie weiß auch so sicher, wie jeder Angehörige der Partei, wie überhaupt jeder ernsthaftige Politiker, daß diese Frage nicht eher verschwinden wird, als bis sie vollständig zur Zufriedenheit der Sozialdemokratie gelöst sein wird.

Die Massenkundgebungen zum 22. Januar spielen dabei keine wesentliche, keine entscheidende Rolle. Sie sind einmal pflichtgemäßige Äußerungen internationaler Solidarität moralischer Natur. Im Vormarsch der norddeutschen „Arbeiter“-Bataillone gegen die heimische, nachgerade unerträglich geordnete Reaktion, spielen sie indes nur die — freilich sehr anerkanntswürdige — Rolle einer flotten, ermutigenden Marschmusik.

Erfreulich, recht erfreulich, daß diese Musik gewissen Kreisen schon in die Ohren braust, noch ehe sie recht eingesetzt hat. Und sie werden sie noch recht gut zu hören bekommen, auch wenn sie sich weniger dazu drängen, als sie zu beabsichtigen scheinen.

## Badische Politik.

### Eine Zentrumsgründung

Ist der katholische Lehrerberein trotz aller sophistischen Einwendungen, welche die Zentrumspresse dieser Behauptung gegenüber vorzubringen weiß?

Man wunderte sich seinerzeit, daß der aus nur 43 Lehrmitgliedern bestehende katholische Lehrerberein ein eigenes Organ gründen wolle. Wie nun der Acher- und Bühler-Vote meldet, trägt sein Verlangen das ganze Risiko einzig und allein, ohne irgend welche Garantie von dritter Seite. Er schreibt:

Der Vorstand des katholischen Lehrerbereins trat an uns mit der Anfrage heran, ob wir geneigt wären, den Druck und Verlag einer katholischen Lehrzeitung zu übernehmen. Wir glaubten im Interesse der guten Sache die Frage nicht verneinen zu sollen. Wir haben schon manches Opfer für ideale Interessen gebracht und hoffen, mit Gottes Hilfe auch dieses Opfer ertragen zu können.

Dazu bemerken die Mittel. Nach:

Befamlich ist der Acher- und Bühler-Vote von Geistlichen gegründet und geleitet und sein Fond ergänzt sich häufig aus Legaten. Mit „Gottes Hilfe“, d. h. mit Hilfe des Zentrums und des katholischen Klerus ist der katholische Lehrerberein in die Lage versetzt, ein eigenes Organ herauszugeben. Von sich aus wäre der genannte Verein gar nicht in stande gewesen, das Blatt zu gründen.

### Don Quixoterie.

Man schreibt uns aus dem Kinzigtal: In Vor kurzer Zeit wurde ein Teil des großen industriellen Unternehmens bei Wolfach, der Papier- und Zellulose-Fabrik (N.-G.), durch einen Brand zerstört. Bei diesem Anlasse stellte die badische Regierung wegen Beachtung gewerbepolizeilicher Vorschriften im Falle des Wiederaufbaues der Fabrik solche Bedingungen, daß die Leitung des Unternehmens sich rundweg entschloß, von der Fortsetzung des Betriebes abzulassen. Am 20. Januar wird der zukunftsretende Generalversammlung dieser kategorische Entscheid der Aufsichtsinstitution vorgelegt werden: Auflösung der Gesellschaft. Die Zustimmung wird erfolgen und damit ist eine Industrie beseitigt, in welcher viele Arbeitskräfte der Stadt und Umgebung Wolfachs regelmäßig beschäftigt waren. Für die Gemeindeverwaltung Wolfachs kommt die wesentliche Steuerquelle in Wegfall. Man hat durch Eingaben an die Regierung versucht, die Industrie zu erhalten; es fehlt dafür, wie längst feststeht, jede Möglichkeit. Darüber ist Freude am unteren Wasserlauf in Gausach und Haslach; die Bauern versprechen sich für ihre agrarischen Interessen von der Reinigung der Kinzig, d. h. von den freierwerbenden Arbeitskräften, große Vorteile. Diese Situation wurde vom Zentrum benützt, um das Wasser auf die Mühlen der Klerlei zu leiten, deren Wirtschaftspolitik dem arbeitenden, gewerbetreibenden Stände so schwere Steueropfer und Hungerkuren auferlegt. An Weihnachtsergebn der Zentrumsabgeordnete, Stefan Fennig, in Haslach, um die bereits tote Wolfacher Fabrik noch einmal totpfählen und gegen das Wiederaufleben des alten Betriebes den Fluch der Bürger und

Bauern zu akkumulieren. Er trug auch unter großem Jubel seiner Wähler das Fell des schon vorher togenvernein Hindurmes heim. Und Jubel umtönte den Ritter, der die Gegend von einem industriellen Ungeheuer befreit, in welcher nun bald ein Kapuzinerloster für den Verdienst der Bevölkerung sorgen soll. In jener Versammlung, wo das Zentrum gegen die Windmühle kämpfte, waren auch Wolfacher vertreten, die einer entgegengesetzten Meinung waren, als sie der kämpfende Defen vertr. Aber sie hatten nicht den Mut, ihr Herz zum vollen Ausbruch zu bringen und ergaben sich, etwas knirschend, dem Ruch-Düch! des priesterlichen Zentrums-Mitters. So holt man billige Lorbeeren.

### Wie für die Zentrumspresse agitiert wird.

Man schreibt uns aus Freiburg:

Wir haben kürzlich schon mitgeteilt, daß die Expedition des Freib. Boten die Stadt mit Probenummern überflutete. Dagegen läßt sich nichts sagen, denn es ist Geschäftsache und hat ja jeder die Wahl, ob er die Zeitung nachher bestellen will oder nicht. Anders aber ist man auf dem Lande verfahren. Da hat man die Probenummern in vielen Orten einfach an den Geistlichen geschickt. Derselbe ist verpflichtet, die Propaganda für das Zentrumsbüro zu betreiben. Manche Geistliche tun es auch gern, so hat z. B. der Pfarrer von Sintergarten 35 Probenummern betriebe. Wenn der Herr Pfarrer das Monnment wünscht, dann weiß man, wie es mit der „Freiwilligkeit“ aussieht. Die Geistlichen verleben und betrachten ihren Beruf nur noch als Nebenamt, die Hauptsache ist die politische Agitation. Wenn sich selbst der Erzbischof noch dieser Richtung betätigt und von der Kanzel die Entfernung der „Kirchenfeindlichen“ Presse und das Bestellen eines katholischen Blattes verlangt, dann weiß jeder Geistliche, was er zu tun hat.

Es gibt bald keine Zentrumsversammlung mehr, wo nicht ein Pfarrer den Vorhöl führt und ein anderer spricht. Die Parteifreunden sind im wirklichen Sinne des Wortes Sanktoren für Zentrumsagitatoren.

### Eine Eisenbahnerversammlung

der vereinigten Vereine der einzelnen Branchen fand letzten Donnerstag in Mannheim statt.

Von den Abgeordneten waren erschienen die Herren Lehmann, Säckling, Gieseler, Jhrig, Mahner, Vogel, Ged und Lenel. Ein einleitendes Referat wurde von dem Bahnausschuss Rupp und Himmel gehalten, das geistig auf amtlisches Material, über die Ausbeute usw. geradezu empörend wirkt, wenn man bedenkt, daß auf solche Art und Weise in Staatsbetrieben die Verordnungen umgangen werden. Insbesondere wirkte es verblüffend, zu hören, daß unter „Nubetag“ die badische Bahn 24 Stunden verfehlt, während die Post und preussische heftige Eisenbahn-Gemeinschaft darunter, wie durch die Gewerbeordnung für die Privatbetriebe bestimmt ist, 36 Stunden verlesen. Nach diesen Einleitungen gaben dann die Redner der einzelnen Branchen die Erklärungen zu ihren Positionen, die das traurige Gend dieser Staatsbeamten auf trassierte starlegten und mit dem „Wohlvollen“ der Regierung gleichmäßig abredete.

An der Debatte beteiligte sich zunächst der Vorsitzende der Budgetkommission der 2. Kammer, Herr Gieseler, der eine genaue Prüfung der Positionen suchte und offen zugab, daß die Eisenbahner gegenüber anderen Staatsbeamten im Nachteil seien. Nur glaubt er, daß dieser Stand eine allgemeine Gehaltsregulierung nicht mehr durchzuführen könne, dagegen vielleicht eine Feuerungszulage, die nach seiner Berechnung ungefähr 600 000 M. für die Eisenbahner ausmachen würde, und doch sei die Finanzlage ja nicht gerade die beste. Gieseler's Ausführungen waren nach der berühmten Methode: „Nur nicht nach oben anstoßen!“ eingerichtet. — Nach ihm sprach Oberbürgermeister Wed, sich als Neuling im parlamentarischen Leben bezeichnend, indem er peinlichste Prüfung der Positionen zugab.

Abg. Säckling, der für die sozialdemokratische Fraktion das Wort ergriff, bestritt die traurige Finanzlage des Landes und erklärte, daß im Staatsbudget 1905 06 eine ganze Reihe an Einnahmeposten viel zu niedrig angesetzt seien, so daß der Staat mehrere Millionen stille Reserven besäße, was durch die Budgetkommission richtig gestellt werden müsse. So sei z. B. die Einnahme der Eisenbahnen nach dem Ergebnis von 1903/04 um einige Millionen Mark zu gering angesetzt, ebenso das Ergebnis der Direktien Eisenbahn, und außerdem seien noch 2 Millionen bei der Eisenbahngeldentwässerung, die vom beschlossenen Landtag vom ordentlichen Etat dem Eisenbahner übertragen wurden. Wenn man also den guten Willen hätte, Geld wäre genügend da, um nur die allzuerwartigen Forderungen der Eisenbahner bewilligen zu können. Jedemal wenn die niederen Beamten Forderungen an den Staat stellen, mache der Finanzminister die Laune zu; er (Säckling) hoffe, daß die erfreuliche Eingabe der Eisenbahner in Verbindung mit dem guten Willen der Ersten und Zweiten Kammer die Regierung zwingen werde, bis zur allgemeinen Gehaltsregulierung sofort und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1906 an eine Feuerungszulage zu gewähren. Wenn ein Staat sich nur auf Kosten seiner Arbeiter und Beamten halten könne, so verdiene er, daß er zugrunde gehe; dem jahrzehntelangen „Wohlvollen“ müsse jetzt unbedingt die längende Tat folgen.

Absteiger Weisall folgte diesen Ausführungen. Nach kurzer weiterer Debatte erfolgte um 12 Uhr Schluss der vertraulichen Versammlung. — Nach den Worten des Herrn Gieseler scheint das Zentrum schon heute seinen auf die Dummheit der Wähler berechneten Antrag für die Arbeiter in Staatsbetrieben nicht ernst zu nehmen. Nun, die sozialistischen Abgeordneten im Bundel werden dem Zentrum den Widerspruch zwischen seinen Worten und Taten auseinanderzuweisen wissen.

G. 2. bad. Landtagswahlkreis. Zur Nachwahl wurde im Laufe der letzten Tage seitens unserer Partei eingegriffen. In Wornhof und Weisloch wurden am 7. Januar Versammlungen abgehalten, die sehr gut besucht waren. Gemalte Proben präzierte in ausführlichen Reden unter Programm, besonders rechnete er auch mit dem bei der letzten Wahl von nationalliberaler Seite verbreiteten Flugblatt ab. Ein eindringliches Wort ermahnte er den werktätigen Teil der Wähler, etwas 1000

Bedacht bei der Abgabe der Stimmzettel, der einzigen Waffe, die man unbehindert gebrauchen kann, zu haben. Die Stimmung war eine ausgezeichnete, auch sind einzelne Verbindungen neu angeknüpft worden; es geht also vorwärts. — Recht hinderlich in der Agitation ist das wirklich schlechte Wetter. Hagel, Schnee, Regen, Sturm gesellen sich zu unfein Widerladern, aber es wird auch dieses nicht helfen, die Wahl wird eben nicht verschoben und deshalb wird jeder Sozialdemokrat dafür sorgen, daß unter Stimmzettel in seinem Hause steht. Also an die Gewe here, die paar Tage, die uns noch zur Verfügung stehen, müssen ausgenutzt werden.

Herr Stadtpfarrer Brandhuber soll in der Zentrumsversammlung gesagt haben, unsere Kandidatur sei eine Spiegelschere, die jedenfalls im letzten Augenblick zugunsten des Hochadmbaten zurückgezogen werde. Herr Pfarrer Brandhuber, wenn Sie ein Politiker und ehrlicher Gegner sein wollen, dann hätten Sie diese Keuschung nicht machen dürfen, denn die sozialdemokratische Partei hat noch kein Mosbach zu verzeichnen, wie das Zentrum, und wird auch niemals bezichtigtes ihren Wählern zumuten, denn bei uns herrscht der Grundsatz: Ehlich währt am längsten!

## Deutsche Politik.

### Ein offiziöser Reinsfall.

Das angebliche Wort des Kaisers gegenüber Moltke II., daß er im Kriege sein eigener Generalstabschef sei, hat die offiziöse Nordd. Allg. Ztg. — natürlich in bestimmtem Auftrage — mit allem Ernst und Applomb bekannt als „von A bis Z erfunden“ bezeichnet und ist damit einem Späßvogel ins Garn gegangen.

Die tragische Geschichte befindet sich bereits im Simplicissimus vom 3. Januar 1905 in nahezu gleichem Wortlaut:

Sein Moltke. „Mollen Sie mein Generalstabschef, mein Moltke werden, lieber Graf?“ — „Halten zu Gnaden, ich fühle mich zu gebrechlich für einen so verantwortungsvollen Posten.“ — „Na, hören Sie mal, das bishigen Friedensarbeit werden Sie schon noch bewältigen, und im Kriege mache ich ja doch alles selber.“

Es ist nicht das erste Mal, daß preussische Offiziere in gestellte Fallen gehen.

### Sächsishe Wohlthätigkeit.

Mitten im Suidauer Steinkohlenrevier liegt die Gemeinde Wilkau, die sich nicht bloß durch seine lichte, aber arme Bergarbeiterbevölkerung, sondern auch durch einen Gemeindevorsteher auszeichnet, der sich durch lebhafteste Beförderung der Sozialdemokratie hervortut, ohne freilich mehr wie das Segenswort dieses Reviers zu verdienen. Herr Kleinbempel, so ist der Name des eifrigen Beamten, war es dafür vorbehalten, mit seinem Namen ein Rechenerempel zu werden, das den Wahl-tätigkeitsstimm der besseren sächsischen Gesellschaft in prächtiger Weise illustriert.

Wie anderwärts, so lösten auch in Wilkau verschiedene Personen die Neujahrsgratulation durch einen Geldbetrag zu wohltätigen Zwecken ab, was in einer Annonce der Wilkauer Welt feierlich verkündet wurde. Danach haben sich ca. 80 Personen an dem Unternehmen beteiligt und ca. 125 Mark bezw. nach Deduktion der Unkosten 113,25 Mark zusammengebracht, die wie folgt verteilt wurden:

- 64,25 M. dem Fonds zur Veranstaltung patriotischer Feste,
  - 38 M. der Gemeindefiatonin,
  - 8 M. zur Schmückung des Kriegerdenkmals,
  - 2 M. für das König Albert-Denkmal,
  - 1 M. dem Ortsarmen-Verein.
- Und dann wundert man sich in Sachsen über rote Wahlen.

## Husland.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlreform in Oesterreich ist jetzt in das Stadium des Marktes und Heilsches zwischen der Regierung und den Parteien eingetreten. Die Wahlreform soll die Zahl der Abgeordneten auf 448 Mitglieder erhöhen, die sich auf die einzelnen Kronländer folgendermaßen verteilen: Galizien 95, Böhmen 115 (davon 69 Tschechen, 46 Deutsche), Niederösterreich 52, Mähren 43 (davon 26 Tschechen, 17 Deutsche), Steiermark 28, Oberösterreich 20, Tirol 20, Schlesien 12 (davon 2 Tschechen, 2 Polen, 8 Deutsche), Krain 11, Kärnten 10, Dalmatien 10, die Bukowina 9, Salzburg 6, Nittien 5, Triest 4, Görz 4, Vorarlberg 4. — Das sind zweifellos nur Kombinationen, wenn auch manches daran richtig sein mag.

Eine Zentralstelle für Verhüllungs-schuh haben die Geistesausstieffe der Wiener Zimmungen errichtet. Von den ca. 40 000 Verhüllungen Wiens führt mehr als die Hälfte in jammervolles Dasein und tausende gibt es, welche weder Eltern noch Verwandte in der Stadt haben, bei denen sie Schutz finden könnten. Die Institution wird deshalb allgemein mit Freuden begrüßt werden.

Nonnen als Sträflingerzerzieherinnen. Die böhmischen Landeszwangsarbeits- und Besserungsanstalt für Frauen zu Rosenb-latt wird von den Warmherzigen Schwew-tern von heil. Karl Borromäus' veraltet, deren Vorsteherin Maria Luder heißt. Dies Erziehungs-system der „barmherzigen“ Schwewtern wird von unserem Prager Parteiorgan beleuchtet für jede Kleinigkeit kam, jede Schwelger 25 Stud hierbe diffieren. Die Frau, über welche eine derartige Strafe verhängt wird, muß sich bis aufs Hemd ausziehen und der männliche Aufseher, deren es mehrere gibt, vollzieht an ihr, während sie auf einer Bank liegt, die Strafe. Die Hiebe, die mit einer sogenannten „Karbatte“ verabreicht werden, sind so heftig, daß auf jeden Hieb eine blutige Schwiele

